

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

09.11.2023

Inhalt

EWN

1 LNG: Deshalb ist das Terminal überflüssig <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 09.11.2023</i>	3
2 Tariftreue-Gesetz: MV will Einkommensniveau erhöhen <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 09.11.2023</i>	5

LNG: Deshalb ist das Terminal überflüssig

Prominente Vertreter der Insel Rügen wenden sich direkt an die Abgeordneten des Parlaments – und bringen erstaunliche Argumente gegen das LNG-Terminal vor. Dabei geht es auch um die AfD.

Binz. Karsten Schneider und Kai Gardeja geben nicht auf: Der Bürgermeister des Ostseebads Binz und der Tourismusdirektor der Gemeinde Binz setzen ihren seit Monaten laufenden Kampf gegen den von der Bundesregierung geplanten Bau des LNG-Terminals im Hafen Mukran auf Rügen fort. In einem eindringlichen Schreiben an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages betonen Schneider und Gardeja, dass „die Notwendigkeit eines LNG-Terminals auf Rügen de facto nicht mehr gegeben ist“.

Neue Unterlagen und Erkenntnisse würden belegen, dass die in Aussicht gestellte Fertigstellung in der Heizperiode 2023/2024 kaum mehr gelingen werde und die deutschen Gasspeicher mittlerweile zu 100 Prozent gefüllt seien. „Die Bundesnetzagentur bewertet die nationale Gasversorgungssicherheit seit längerer Zeit als ‚gewährleistet‘ sowie ‚stabil‘“, heißt es in dem Brief, der dem Nordkurier vorliegt.

Drei Terminals nur zu 58 Prozent ausgelastet

Selbst „führende Gutachter, wie die vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Studie vom EWI Köln hatten massive und nicht erforderliche Überkapazitäten durch den weiteren Ausbau der LNG-Terminalinfrastruktur prognostiziert“, erinnern Schneider und Gardeja. Die LNG-Terminals seien auch nicht zu Absicherungszwecken notwendig, so die Rügäner. „Denn einerseits sind die drei bestehenden deutschen LNG-Terminals in Wilhelmshaven, Brunsbüttel und Stade dieses Jahr bisher nur zu 58 Prozent ausgelastet, andererseits ist der Beitrag von LNG-Terminalinfrastruktur überhaupt, selbst bei Vollaustattung, zur nationalen Versorgungssicherheit sehr gering.“ Die neuen Bundesländer, Süddeutschland oder auch die osteuropäischen Nachbarstaaten hätten laut aktueller Studien keine Versorgungsengpässe zu befürchten.

Vor diesem Hintergrund ist für Schneider und Gardeja klar: „Unterm Strich würde also ein LNG-Terminal auf Rügen gemäß des vom Bundestag beschlosse-

nen LNG-Beschleunigungsgesetz eben nicht „einen relevanten Beitrag leisten, um eine Krise der Gasversorgung zu bewältigen oder abzuwenden“. Denn es herrsche in Deutschland keine Gaskrise (mehr) – die „Alarmstufe des Notfallplans“, ausgerufen durch das Bundeswirtschaftsministerium, sei (zumindest in Bezug auf den Bau von LNG-Terminal-Infrastruktur) nicht mehr begründbar. „Demzufolge wäre auch die konkrete Anwendung des LNG-Beschleunigungsgesetzes für das LNG-Projekt auf Rügen fragwürdig“, argumentieren die beiden Vertreter der Urlaubsinsel.

Doch trotz alledem wolle die Politik völlig irrationalerweise das LNG-Terminal-Vorhaben in der Ostsee weiter ohne Rücksicht auf Verluste durchpeitschen. Schneider und Gardeja wörtlich: „Mit gewaltigen Folgen für Rügen, im Gegensatz zu den anderen LNG-Terminalstandorten kein Industriegebiet, sondern mit 1,2 Millionen Feriengästen jährlich die meistbesuchte Insel in Deutschland.“ Und noch einen Aspekt bringen die Autoren in ihrem Brief an die Bundestagsabgeordneten ins Spiel: „Neben den horrenden Schäden für Tourismus, Natur und Klima wird deutlich, dass immer mehr Menschen in Mecklenburg-Vorpommern und in der gesamten Bundesrepublik, die Rügen engstens verbunden sind, den Glauben an die Demokratie verlieren. So verwundert es leider auch nicht, dass nun auch in Mecklenburg-Vorpommern nun die Populisten laut aktuellen Umfragen mit Abstand die höchsten Zustimmungswerte erzielen.“ Damit spielen Bürgermeister und Tourismusdirektor auf die jüngsten Umfrageerfolge der AfD an.

Milliardenkosten für die Steuerzahler

Das geplante LNG-Terminal auf Rügen sei laut Schneider und Gardeja längst zum Symbol einer faktenfremden, demokratieschädigenden und umweltfeindlichen Politik geworden. Nicht zuletzt koste es den Steuerzahler viele Milliarden Euro, die an anderer Stelle sicher besser verwendet werden könnten. Der Deutsche Bundestag habe mit der Aufnahme von Rügen in das LNG-Beschleunigungsgesetz Anfang Juli 2023 den

Weg für das LNG-Terminal freigemacht. „Wir möchten Sie freundlichst auffordern, Ihre Entscheidung zu überdenken und zu korrigieren. Ein Umsteuern würde jetzt noch die Chance bieten, das verloren gegang-

gen Vertrauen zurückzugewinnen und die irreparablen Probleme, die die Menschen, die Natur und die Demokratie ereilen werden, abzuwenden“, machen Schneider und Gardeja deutlich.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 09.11.2023 | S. 15

📄 Auflage: 24.506 | Reichweite: 79.409

👤 Frank Pfaff

Tariftreue-Gesetz: MV will Einkommensniveau erhöhen

Die Gegner der Verordnung sprechen von einem „sozialistischen Manifest“. Aber: MV ist bundesweit im Lohnkeller.

In Mecklenburg-Vorpommern gehen von Anfang 2024 an Aufträge von Land und Kommunen nur noch an Unternehmen, die ihren Mitarbeitern Tarif- oder tarifähnliche Löhne zahlen. Der Landtag in Schwerin beschloss bei seiner Sitzung am Mittwoch nach einer erneut kontroversen Debatte mit den Stimmen der rot-roten Koalition und der Grünen das sogenannte Tariftreue-Gesetz.

Betroffen sind öffentliche Aufträge etwa für Bauvorhaben und Reinigungsleistungen, an Sicherheitsdienste und Essenanbieter. Für Bereiche, in denen Tarifregelungen fehlen, wird ein Mindestlohn von 13,50 Euro pro Stunde gefordert. Für Bauleistungen gelten Schwellenwerte für die Gesetzesanwendung von 100 000, für die anderen Bereiche von 50 000 Euro.

Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) bezeichnete das Gesetz als „Meilenstein“ in der Gesetzgebung des Landes, der zu höheren Löhnen und fairem Wettbewerb führe. Mecklenburg-Vorpommern sei das Bun-

desland mit der geringsten Tarifbindung und dem niedrigsten Lohnniveau. Dies müsse sich ändern, um auch im Wettbewerb um Fachkräfte bestehen zu können, betonte Meyer.

Sprecher der Opposition kritisierten die Lohnvorgaben als unzulässigen Eingriff in das Wirtschaftsgefüge und die Tarifautonomie. Kleine Firmen, die Tariflöhne nicht zahlen könnten, würden ausgegrenzt. CDU und AfD bezeichneten das Tariftreue-Gesetz als Beispiel einer ideologiegetriebenen, realitätsfernen Politik von SPD und Linke. Der Wirtschaft, die in der aktuellen Krisensituation Entlastung nötig habe, würden zusätzlich Lasten aufgebürdet. „Das Gesetz wirkt einseitig gegen die Wirtschaft“, so CDU-Abgeordneter Wolfgang Waldmüller. Die Gewerkschaften begrüßten die neuen Regelungen, als „Beitrag zur dringend nötigen Erhöhung des Entgeltlevels im Land“. Die Wirtschaftsverbände sprachen von einem „Schlag ins Gesicht der Klein- und mittelständischen MV-Wirtschaft.“